



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Entscheiderbrief

Informationsschnelldienst

11/2022

Das BAMF

Inhaltsverzeichnis

Verfahren

EuGH: Kein Zweitantragsverfahren gemäß § 71a AsylG
nach einem in Dänemark erfolglos gebliebenen Asyl(erst-)verfahren 3

Einsatz von OSINT in den Länderanalysen 4

Aus der Rechtsprechung

OVG Berlin-Brandenburg / Sudan:
Kein Vorliegen von Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG 5

VG Braunschweig / Burundi:
Keine Rückkehrgefährdung nach Asylantragstellung und längerem Aufenthalt im europäischen Ausland 6

VG Frankfurt (Oder) / Russische Föderation:
Keine unmenschlichen Haftbedingungen für tschetschenischen Volkszugehörigen 7

Blick zum Nachbarn:

Dänemark 8

Neuerwerbungen der Bibliothek 9

Impressum 11



Verfahren

EuGH: Kein Zweitantragsverfahren gemäß § 71a AsylG nach einem in Dänemark erfolglos gebliebenen Asyl(erst-)verfahren

Die zehnte Kammer des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) hat mit Urteil vom 22. September 2022 (Rs. C-497/21)¹ entschieden, dass Asylverfahren von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen nach erfolglosem Abschluss eines Asyl(erst-)verfahrens in Dänemark nicht als Zweitverfahren durchgeführt werden dürfen.

Im Ausgangsverfahren ging es um georgische Staatsangehörige, die am 10. November 2020 beim Bundesamt Asylanträge gestellt hatten. Im Asylverfahren hatten die Antragstellenden vorgetragen, dass sie bereits zuvor in Dänemark erfolglos Asylverfahren betrieben hätten. Die gegen die dortigen ablehnenden Entscheidungen erhobenen Klagen waren von den dänischen Gerichten am 27. April 2020 abgewiesen worden. Auf der Grundlage der für das Zweitantragsverfahren geltenden Regelungen hatte das Bundesamt die Asylanträge mit Bescheid vom 3. Juni 2021 gemäß § 29 Abs. 1 Nr. 5 AsylG als unzulässig abgelehnt. Im Klageverfahren hatte das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht das Verfahren ausgesetzt und dem EuGH zur Vorabentscheidung vorgelegt.²

Entscheidung des EuGH

Der EuGH stellt in seiner Entscheidung fest, dass eine nationale Regelung, nach der ein transnationaler Folgeantrag als unzulässig abgelehnt werden kann, nur dann unionsrechtskonform ist, wenn diese keine Anwendung auf den EU-Mitgliedstaat Dänemark findet. Zur Begründung wird ausgeführt, dass es sich nach dem Wortlaut des Art. 2 Buchst. q Verfahrens-Richtlinie³ bei einem „Folgeantrag“ um einen „weiteren“ Antrag auf internationalen Schutz handelt, der nach Erlass einer bestandskräftigen Entscheidung über einen früheren Antrag gestellt wird. Ein „Antrag auf internationalen Schutz“ sei nach Art. 2 Buchst. d Verfahrens-Richtlinie das Ersuchen eines Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen um Schutz durch einen Mitgliedstaat, bei dem davon ausgegangen werden kann, dass er die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder die Gewährung des subsidiären Schutzstatus im Sinne der Qualifikations-Richtlinie⁴ anstrebt.

Nach den Artikeln 1 und 2 des dem EU-Vertrag (EUV) und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) beigefügten Protokolls (Nr. 22) sei Dänemark jedoch weder durch die Qualifikations-Richtlinie gebunden noch zu ihrer Anwendung verpflichtet.⁵ Mit einem bei den zuständigen dänischen Behörden gestellten Antrag auf internationalen Schutz werde somit nicht die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder die Gewährung des subsidiären Schutzstatus im Sinne der Qualifikations-Richtlinie angestrebt. Dieser formaljuristisch am Wortlaut des Art. 2 d und q Verfahrens-Richtlinie orientierten Betrachtung stehe weder das Abkommen zwischen der Europäischen Union und Dänemark, mit dem bestimmte Vorschriften der Dublin-III-Verordnung von Dänemark umgesetzt werden, noch der Umstand, dass dänische Behörden Anträge auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft auf der Grundlage von Kriterien prüfen, die im Wesentlichen mit den Kriterien der Qualifikations-Richtlinie identisch sind, entgegen.

Ein von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in Dänemark nach innerstaatlichem Recht gestellter Antrag sei im Ergebnis nicht als Antrag auf internationalen Schutz im Sinne des Art. 2 Buchst. b der Verfahrens-Richtlinie zu qualifizieren. Das Vorliegen einer ablehnenden Entscheidung Dänemarks erlaube es daher nicht, einen nachfolgend in einem anderen EU-Mitgliedstaat gestellten Antrag auf internationalen Schutz als einen „Folgeantrag“ im Sinne des Art. 33 Abs. 2 Buchst. d i. V. m. Art. 2 Buchst. q der Verfahrens-Richtlinie zu qualifizieren.

Folgen

Der EuGH hat im Anschluss an seine Entscheidung vom 20. Mai 2021 (Rs. C-8/20)⁶ den Anwendungsbezug des § 29 Abs. 1 Nr. 5 i. V. m. § 71a AsylG weiter eingeschränkt. Die Entscheidung des Gerichts ist im Hinblick auf die Begründung der Entscheidung auf den EU-Mitgliedstaat Irland übertragbar, denn ebenso wie Dänemark ist auch Irland nicht an die Qualifikations-Richtlinie gebunden und zu ihrer Anwendung verpflichtet.⁷ Ein Zweitantrag nach § 71a AsylG liegt somit nicht mehr vor, wenn zuvor in Dänemark oder Irland erfolglos ein Asylverfahren durchgeführt wurde.

Entscheidungspraxis des Bundesamtes

Das Bundesamt hat seine Regelungen und damit seine Entscheidungspraxis entsprechend angepasst.

1 EuGH, Urteil vom 22.09.2022 – C-497/22;

in MiLo: https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/687377/687965/687983/688085/23969720/-/EuGH%2C_vom_22.09.2022%2C_C-497_21%2C_Urteil.pdf?no-deid=23969397&vernum=-2, abgerufen am 25.10.2022.

2 Schleswig-Holsteinisches VG, Beschluss vom 06.08.2021 (9 A 178/21).

3 Richtlinie 2013/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zu gemeinsamen Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes (ABl. 2013, L 180, S. 60).

4 Richtlinie 2011/95 des Europäischen Parlaments und des Rates vom

13.12.2011 über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder für Personen mit Anrecht auf subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (ABl. 2011, L 337, S. 9).

5 Vgl.: 51. Erwägungsgrund der Richtlinie 2011/95/EU.

6 EuGH, Urteil vom 20.05.2021 – C-8/20; in MiLo: https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/683300/683479/683497/683584/-/EuGH%2C_vom_20.05.2021%2C_C-8_20%2C_Urteil.pdf?no-deid=22898360&vernum=-2, abgerufen am 25.10.2022.

7 Vgl.: 50. Erwägungsgrund der Richtlinie 2011/95/EU.

Asylanträge, die nach einem erfolglosen Asylverfahren in Dänemark oder Irland gestellt werden, werden als Erstanträge bearbeitet. In bereits rechtshängigen Verfahren, in denen bei der Entscheidung hinsichtlich Dänemark und Irland noch von einem Zweitantrag ausgegangen wurde, erfolgt eine Überprüfung der erlassenen Bescheide mit dem Ziel einer Klaglosstellung und neuen Entscheidung als Erstantrag.

Grundlagen des Asylverfahrens

Einsatz von OSINT in den Länderanalysen

Die Abkürzung OSINT steht für Open Source Intelligence. OSINT bezeichnet die Recherche, Analyse und Bewertung von Informationen aus offenen, frei verfügbaren Quellen zur Gewinnung von spezifischen Erkenntnissen. Quellen sind im technischen Zeitalter nicht mehr ausschließlich die klassischen Print-, sondern in zunehmendem Maße digitale Medien im Internet, einschließlich den informellen Social-Media-Plattformen. Speziell für die Länderanalysen von Bedeutung ist die Gewinnung eines Lagebildes über die asylrechtlich relevante Situation in den Herkunftsländern, bei der OSINT zunehmend die herkömmlichen Quellen für Country of Origin Information (COI) ergänzt.

Mit zunehmender Digitalisierung haben sich die Methoden zur Auswertung von Menschenrechtsverletzungen und relevanten Vorfällen in den Herkunftsländern verändert. Um diese zu beweisen, bedurfte es früher Zeugenaussagen und konkreten Anhaltspunkten vor Ort. Inzwischen wird jedoch von nahezu allen mit Menschenrechtsverletzungen befassten Institutionen auf OSINT und somit beispielsweise auf die Auswertung von Inhalten in sozialen Medien und Satellitenbildern zurückgegriffen. So erließ etwa der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) im August 2017 seinen ersten Haftbefehl nur auf Grundlage von über soziale Netzwerke gesammelten Beweisen.⁸

Im Zuge dieser „Cyber Beweismittel Debatte“ am IStGH wollte man die Arbeit professionalisieren und so erstellten im Dezember 2020 das Büro des Chefanklägers des IStGH in Kooperation mit der Nichtregierungsorganisation Bellingcat, dem Human Rights Center der Berkeley School of Law und dem Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) das „Berkeley Protocol on Digital Open Source Investigations“. Dieses gibt einen Überblick über den rechtlichen Rahmen und eine methodische Anleitung zur Recherche und dient auch

den Länderanalysereferaten als Regelwerk für die OSINT-Recherche.⁹

Darüber hinaus weist die von Amnesty International betriebene Plattform Citizen Evidence Lab in einer fortlaufenden, mehrteiligen Artikelserie auf Fallstricke bei der Recherche von im Internet frei zugänglichen Informationen und deren anschließender Bewertung hin. Diese umfasst derzeit in einem ersten Teil Quellensensibilisierung¹⁰ und in einem zweiten Teil Rechercheeffizienz¹¹. Außerdem werden auf dieser Website weitere Methoden und Techniken zur Auswertung von Geo- und Bilddaten vorgestellt, die den Umfang der Analysemöglichkeiten noch erweitern. Schließlich hat die University of Essex einen anschaulichen Leitfaden zur Recherche und Verifikation von Informationen in digitalen Medien zusammengestellt.¹²

Diesem Trend folgend haben es sich die Länderanalysen zum Ziel gesetzt, zusätzlich zu ihrer bisherigen Recherchetätigkeit schrittweise auch Kompetenzen im multidisziplinären Bereich OSINT aufzubauen. Eine der Kerndisziplinen der OSINT-Recherche ist die Technik der Geolokalisierung, mit deren Hilfe der genaue Ort verifiziert werden kann, von dem ein in den sozialen Medien hochgeladenes Video oder Foto gemacht wurde. Im Länderreport 43 über die Lage von Hindus und Sikhs in Afghanistan kam die OSINT-Technik Geolokalisierung erstmals zum Einsatz. Dort wurden die Tempel der Minderheiten in der Hauptstadt Kabul lokalisiert und verifiziert.¹³

Die Entwicklung befindet sich aktuell im Fluss. OSINT wird sich aber in den kommenden Jahren weiterentwickeln, sich zu einem international anerkannten Standard etablieren und somit zukünftig ein integraler Bestandteil der Recherchetätigkeit in den Länderanalysereferaten darstellen.

Länderanalysen

⁸ UK Research and Innovation: The future of human rights investigations: Using open source intelligence to transform the documentation and discovery of human rights violations, <https://gtr.ukri.org/projects?ref=ES%2FR00899X%2F1>, abgerufen am 03.11.2022.

⁹ OHCHR: Berkeley Protocol on Digital Open Source Investigations 2020, https://www.ohchr.org/Documents/Publications/OHCHR_BerkeleyProtocol.pdf, abgerufen am 03.11.2022.

¹⁰ Citizen Evidence Lab: Guide To Conducting Effective Online Inquiries (Part One), 12.03.2021, <https://citizenevidence.org/2021/03/12/guide-to-conducting-effective-online-inquiries-part-one/>, abgerufen am 03.11.2022.

¹¹ Citizen Evidence Lab: Guide To Conducting Effective Online Inquiries (Part Two), 07.05.2021; <https://citizenevidence.org/2021/05/07/guide-to-conducting-effective-online-inquiries-part-two/>, abgerufen am 03.11.2022.

¹² University of Essex: Human Rights Centre Clinic: Introductory Guide to Open Source Intelligence and Digital Verification, https://www1.essex.ac.uk/hrc/documents/Introductory_Guide_to_Open_Source_Intelligence_and_Digital%20Verification.pdf, abgerufen am 03.11.2022.

¹³ BAMF, Länderreport 43: Afghanistan – Hindus und Sikhs, August 2021; S. 21ff, <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Behoerde/Informationszentrum/Laenderreporte/2021/laenderreport-43-Afghanistan.html?nn=403794>, abgerufen am 03.11.2022.

Aus der Rechtsprechung

OVG Berlin-Brandenburg / Sudan: Kein Vorliegen von Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG

Mit Urteil vom 19. September 2022 (Az.: OVG 6 B 3/22) weist das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg (OVG) die Berufung eines sudanesischen Staatsangehörigen, die zuletzt nur noch auf die Zuerkennung von Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 5 und 7 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) beschränkt worden ist, mit der Maßgabe zurück, dass die Klage, soweit sie nicht zurückgenommen wurde, abgewiesen wird.¹⁴

Der im Jahr 1996 geborene Kläger ist sudanesischer Staatsangehöriger, hat seinen Angaben zufolge den Sudan im Jahr 2003 verlassen und sich in der Folge in Libyen aufgehalten. Von dort aus reiste er im Jahr 2013 über Italien in die Bundesrepublik Deutschland ein und stellte einen Asylantrag. Im Rahmen seiner persönlichen Anhörung gab er an, er sei mit seiner Mutter wegen des Krieges und der schlechten wirtschaftlichen Lage nach Libyen gegangen. Der Aufenthaltsort seines Vaters sei ihm unbekannt. Mit Bescheid vom 5. Mai 2017 lehnte das Bundesamt den Antrag des Klägers vollumfänglich ab.

Mit der eingebrachten Klage hat der Kläger vorgetragen, keine Verwandten im Sudan mehr zu haben. Das Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) hatte das Verfahren zunächst mit Beschluss vom 23. August 2018 eingestellt,¹⁵ das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat die Berufung zugelassen. Mit streitgegenständlichem Urteil weist es die Berufung mit der Maßgabe zurück, dass die Klage auch hinsichtlich der Zuerkennung eines Abschiebungsverbotes abgewiesen wird.

Zunächst führt der Berichterstatter aus, in Khartum, der Hauptstadt Sudans, herrsche gegenwärtig kein innerstaatlicher bewaffneter Konflikt im Sinne des § 4 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 AsylG. In Darfur, der Herkunftsregion des Klägers, bestehe zwar ein solcher Konflikt, die Wahrscheinlichkeit, dort Opfer eines Konfliktvorfalls zu werden, liege jedoch deutlich unterhalb der vom Bundesverwaltungsgericht für maßgeblich erachteten Schwelle von 1:800. Ein individuell gefährhöhender Umstand ergebe sich auch nicht aus dem Verfolgungsvorbringen des Klägers, da dieser im Alter von sechs oder sieben Jahren und somit vor langer Zeit geflohen sei. Die eingebrachten Erkenntnismittel sprächen sodann dafür, dass der Kläger im Falle einer

Rückkehr in den Sudan nicht in eine allgemeine Notlage geraten werde, die es ihm nicht erlauben würde, seine grundlegenden Bedürfnisse zu befriedigen. Aus dem von der Beklagten eingebrachten Bericht von „FEWS NET“ ergebe sich, dass die Situation in weiten Teilen des Sudans nicht mehr als krisenhaft, sondern lediglich als angespannt zu bewerten sei.¹⁶

Aus dem von Klägerseite eingebrachten Gutachten zu den allgemeinen Lebensbedingungen im Ballungsraum Khartum des Instituts für Afrikastudien der Universität Leipzig¹⁷ ergebe sich, dass davon auszugehen sei, dass der Kläger im Sudan eine Beschäftigung finden würde, die es ihm ermögliche, seinen existenziellen Lebensunterhalt auf niedrigem Niveau zu sichern. Der Berichterstatter stellt hier auch auf die Berufserfahrung des Klägers als Pflegehelfer in der Bundesrepublik ab. Der Vortrag des Klägers, er verfüge im Sudan über kein familiäres Netzwerk mehr, wird vom erkennenden Berichterstatter, der vom Vorhandensein eines familiären Netzwerks bei einer Rückkehr des Klägers in den Sudan ausgeht, als Schutzbehauptung und somit nicht glaubhaft gewertet. Jedenfalls würden die vorhandenen Rückkehrhilfen aus dem REAG-GARP¹⁸ sowie dem „StarthilfePlus“-Programm ausreichen, um die Existenz des Klägers – auch ohne Vorhandensein eines familiären Netzwerks – für einen Zeitraum von sechs Monaten bis hin zu einem Jahr sicherzustellen.

Das Gericht geht des Weiteren davon aus, dass der Kläger durch das Zusammenleben mit seiner Mutter in Libyen bis zum 17. Lebensjahr mit den Sitten und Umgangsformen im Sudan vertraut ist.

Entscheidungspraxis des Bundesamtes

Für eine Vereinheitlichung der Verfahrens- und Entscheidungspraxis in Bezug auf eine Berücksichtigung von Rückkehrhilfen befindet sich die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. April 2022¹⁹ in der Dienstanweisung-Asyl, Kapitel „Abschiebungsverbote“ und im Texthandbuch in Umsetzung. Demnach kann Abschiebungsschutz bei Verfügbarkeit von Rückkehrhilfen nur ausnahmsweise dann gewährt werden, wenn bereits abzusehen ist, dass dem Ausländer nach Verbrauch der Rückkehrhilfen in einem engen zeitlichen Zusammenhang eine Verelendung mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit droht.

Prozessführung / Berufungsverfahren

¹⁴ OVG Berlin-Brandenburg, vom 19.09.2022, OVG 6 B 3/22, Urteil;

in MLO: <https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fet>

[ch/2000/702450/683266/693991/697615/697633/697728/23645436/-/OVG Berlin-Brandenburg%2C vom 19.09.2022%2C OVG 6 B 3 22%2C Urteil.pdf?nodeid=23954133&vernum=-2](https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fet)

¹⁵ VG Frankfurt (Oder), 02. 06. 2021, VG 5 K 297/21.A

¹⁶ Vgl. FEWS NET Sudan, Food Security Outlook Update vom August 2022.

¹⁷ Vgl. Institut für Afrikastudien, Gutachten zu den allgemeinen Lebensbedingungen im Ballungsraum Khartum, Sudan, unter besonderer Berücksichtigung der Folgen von COVID-19-Pandemie, sowie der Hochwasser von 2020 und 2021 vom 31. Oktober 2021.

¹⁸ Reintegration and Emigration Programme for Asylum-Seekers in Germany/ Government Assisted Repatriation Programme.

¹⁹ BVerwG, Urteil vom 21. April 2022 – BVerwG 1 C 10.21,

in MLO: <https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fet>

[ch/2000/702450/683266/687377/687464/687482/687314/23529488/-/BVerwG%2C vom 21.04.2022%2C BVerwG 1 C 10.21%2C Urteil.pdf?nodeid=23719112&vernum=-2](https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fet)

VG Braunschweig / Burundi: Keine Rückkehrgefährdung nach Asylantragstellung und längerem Aufenthalt im euro- päischen Ausland

Mit Urteil vom 5. Oktober 2022 (Az.: 7 A 940/17) entschied das Verwaltungsgericht (VG) Braunschweig, dass eine bloße Asylantragstellung und der damit verbundene Aufenthalt im europäischen Ausland keinen Anspruch auf Gewährung von Flüchtlingsschutz begründet. Das Gericht beauftragte hierfür ein Gutachten des German Institute of Global and Area Studies. Demnach besteht kein beachtlicher, subjektiver Nachfluchtatbestand allein wegen einer Ausreise aus Burundi, der Beantragung internationalen Schutzes und des langjährigen Aufenthaltes im Ausland. Selbst bei der Unterstellung, dass der burundische Staat Kenntnis von der Ausreise des Klägers genommen hat, besteht nach Überzeugung des VG keine beachtliche Wahrscheinlichkeit, dass der Kläger bei einer Rückkehr nach Burundi allein deshalb als Oppositioneller oder Regimekritiker betrachtet und Verfolgungsmaßnahmen im Sinne des § 3 Abs. 1 i. V. m. § 3a AsylG ausgesetzt sein wird, ohne dass weitere dem burundischen Staat bekannte Umstände vorliegen, die Anknüpfungspunkt für die Unterstellung einer regimekritischen Haltung sein könnten.²⁰

Laut Verwaltungsgericht könne es zwar vorkommen, dass burundische Staatsangehörige nach der Rückkehr aus dem Ausland mit schwerwiegender Repression rechnen müssen. Die dem Gericht vorliegenden Erkenntnismittel ließen jedoch darauf schließen, dass nicht der rein formale Aspekt der Antragstellung und/oder des längeren Auslandsaufenthaltes, sondern eine gegen die Regierung gerichtete erkennbar gewordene oppositionelle Einstellung zu Repressionen bei einer Rückkehr führten. So wurden etwa im Februar 2021 burundische Staatsangehörige im Exil, darunter Journalisten, zivilgesellschaftliche Akteure und Oppositionelle, zu lebenslangen Gefängnisstrafen verurteilt.²¹

Die Erkenntnismittel verweisen darüber hinaus auf die Bereitschaft des burundischen Staates oder ihm de facto zugehöriger Organisationen, im Ausland gegen Oppositionelle vorzugehen beziehungsweise Informationen über exilierte burundische Staatsangehörige zu sammeln. Dies lege nahe, dass eine Asylantragstellung im Ausland die Gefahr von Repression bei einer Rückkehr erhöhen könne. Als Beleg dafür wird auf jüngste Berichte der Vereinten Nationen verwiesen, wonach burundische Oppositionelle unter

Flüchtlingen in Tansania aufgespürt wurden.²² Diese Ausführungen legten nahe, dass als Oppositionelle bekannte Personen und Journalisten, bei denen allein aufgrund ihres Berufes eine oppositionelle Haltung vermutet werde, nach einem Auslandsaufenthalt mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit schwerwiegende Repressionen zu erwarten hätten. Mitglieder burundischer Botschaften in Europa sollen ein großes Interesse daran haben, über die politischen Positionen im Ausland lebender burundischer Staatsangehöriger Informationen zu sammeln.²³

Laut einem Bericht der Untersuchungskommission des UN-Menschenrechtsrat zu Burundi, betreffen die Repression bei einer Rückkehr vor allem burundische Staatsangehörige, die seit 2015 in die Nachbarländer geflüchtet sind und seit 2017 im Rahmen von Repatriierungsabkommen nach Burundi zurückkehren.²⁴ 2015 war es zu einer politischen Krise gekommen, da der damalige Präsident Pierre Nkurunziza sich entschieden hatte für eine dritte Amtszeit zu kandidieren. Im Zuge dieser Krise wurden Hunderte Menschen sowohl durch gezielte als auch wahllose Angriffe rechtswidrig getötet.²⁵ Demgegenüber wird berichtet, dass sich die Menschenrechtssituation seit der Übernahme der Präsidentschaft durch Evariste Ndayishimiye im Juni 2020 in begrenztem Umfang verbessert hat. Vier Journalisten und zwei Menschenrechtsaktivisten wurden aus der Haft entlassen und einige Restriktionen für Medien und die zivile Bevölkerung wurden aufgehoben.²⁶

Unter der Berücksichtigung der gesamten Auskunftslage sei es daher nicht beachtlich wahrscheinlich, dass der Kläger allein wegen seines Auslandsaufenthaltes und der Asylantragstellung mit nicht hinnehmbaren Repressionen rechnen müsse. Zumal der Kläger selbst vorgetragen hat vor der Ausreise nicht oppositionell tätig gewesen zu sein und sich auch in Deutschland nicht oppositionell betätigt habe.

Auch die Zuerkennung des subsidiären Schutzes im Sinne von § 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AsylG scheide vorliegend für den Kläger aus. Zwar lasse sich aus den Erkenntnismitteln schließen, dass sich verschiedene Rebellengruppierungen im Kontext der Auseinandersetzungen um Präsident Nkurunzizas umstrittene dritte Amtszeit sowie dem darauffolgenden gescheiterten Putsch im Jahr 2015 formierten und es immer wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen komme. Jedoch ergebe sich aus den jüngsten Informationen

22 Vgl. ReliefWeb: UN experts deplore rights violations against Burundi refugees. In:

<https://reliefweb.int/report/burundi/un-experts-deplore-rights-violations-against-burundi-refugees> (Zugriff: 12.10.2022).

23 Vgl. VG Braunschweig, Urteil vom 5.10.2022 - 7 A 940/17

24 Vgl. UN: Report of the Commission of Inquiry on Burundi. In: <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G20/203/95/PDF/G2020395.pdf?OpenElement> (Zugriff: 12.10.2022).

25 Vgl. Amnesty International: Burundi 2017. In: <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2017/burundi> (Zugriff: 12.10.2022).

26 Vgl. Human Rights Watch: World Report 2022 Burundi. In: <https://www.hrw.org/world-report/2022/country-chapters/burundi> (Zugriff: 12.10.2022).

20 Vgl. VG Braunschweig, Urteil vom 5.10.2022 - 7 A 940/17. In MLO: <https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe?func=ll&objId=23981029&objAction=Open&nxturl=%2Fotcs%2Fcs%2Eexe%3Ffunc%3Dll%26objId%3D23624785%26objAction%3Dbrowse%26viewType%3D1>

21 Vgl. ebd.

des Armed Conflict Location & Event Data Project für das 1. Quartal 2022 eine Abnahme der Vorfälle von Gewalt gegen Zivilpersonen und der daraus resultierenden Todesfälle. Wie bereits in den Vormonaten fanden die meisten Vorfälle mit der höchsten Zahl an Todesopfern vornehmlich in der Provinz Cibitoke an der Grenze zu Ruanda und der Demokratischen Republik Kongo im Nordwesten Burundis statt.²⁷ Insgesamt stellt sich nach Meinung des Gerichts die Situation derzeit nicht so außergewöhnlich und durch einen so hohen Gefahrengrad gekennzeichnet dar, dass praktisch jede Zivilperson allein aufgrund ihrer Anwesenheit in Burundi einer ernsthaften individuellen Bedrohung ausgesetzt wäre, zumal sich der Kläger in einer weniger von Konflikten betroffenen Region niederlassen könne.

Das Gericht stellt im Einzelfall des Klägers jedoch ein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 5 AufenthG fest. Beim Kläger wurden sowohl Schizophrenie als auch eine chronische Erkrankung im Lendenwirbelsäulenbereich, die zu starken Einschränkungen in der täglichen Aktivität führt, diagnostiziert. Im Hinblick auf fehlende soziale Fürsorgesysteme und der Unterfinanzierung des Gesundheitssystems, sei es unter Berücksichtigung des gesundheitlichen Zustandes des Klägers nicht beachtlich wahrscheinlich, dass er bei einer Rückkehr nach Burundi seinen existentiellen Lebensunterhalt werde sichern können.²⁸

Rechtsdokumentation

VG Frankfurt (Oder) / Russische Föderation: Keine unmenschlichen Haftbedingungen für tschetschenischen Volkszugehörigen

Mit Urteil vom 27. April 2022 (Az.: VG 6 K 873/17.A) hat das Verwaltungsgericht (VG) Frankfurt (Oder)²⁹ festgestellt, dass einem aus Grosny stammenden Kläger tschetschenischer Volkszugehörigkeit, der bei Rückkehr in seine Heimat ein Strafverfahren einschließlich einer Inhaftierung wegen eines Verkehrsdeliktes zu erwarten hat, jedoch in diesem Zusammenhang nicht mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit ein ernsthafter Schaden droht.

²⁷ Vgl. Kurzübersicht über Vorfälle aus dem Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED), zusammengestellt von ACCORD. In: https://www.ecoi.net/en/file/local/2074512/2021q4Burundi_de.pdf (Zugriff: 12.10.2022).

²⁸ Vgl. VG Braunschweig, Urteil vom 5.10.2022 – 7 A 940/17

²⁹ VG Frankfurt (Oder), vom 27.04.2022, VG 6 K 873/17.A, Urteil – in MILO: https://milo.bamf.de/OTCS/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/684671/685623/685843/685728/23521930/-/VG-Frankfurt_%28Oder%29%2C_vom_27.04.2022%2C_VG_6_K_873_17.A_%2C_Urteil.pdf?nodeid=23969281&vernum=-2

Im verhandelten Fall lag ein Fahndungsersuchen der russischen Behörden vor. Dem Kläger wird vorgeworfen, wenige Monate vor seiner Ausreise in der Region Stawropol (Nordkaukasus) unter Verstoß gegen die russische Straßenverkehrsordnung einen Verkehrsunfall verursacht zu haben, der zum Tod zweier Personen führte. Nachdem der Kläger der Ladung zu einem Gerichtstermin vor dem zuständigen Stadtgericht nicht nachgekommen war und stattdessen sein Heimatland verlassen hatte, wurde ein Haftbefehl erlassen. Der Kläger wird sich somit bei seiner Rückkehr in die Russische Föderation einem Strafverfahren wegen des Verkehrsdeliktes stellen müssen.

Sowohl der Asylantrag als auch die Klage wurden abgewiesen. Dabei wurde die von dem Familienvater vorgebrachte Verfolgung durch Sicherheitskräfte in Grosny wegen seiner politischen Überzeugung als vorgeschoben bewertet. Vielmehr stellte nach Auffassung des Gerichts das strafrechtliche Ermittlungs- und Strafverfahren wegen des genannten Verkehrsunfalls das fluchtauslösende Ereignis dar.

Zunächst stellte das Gericht heraus, dass Strafverfolgung als solche keine Verfolgungshandlung im Sinne des § 3a Abs. 2 Nr. 3 AsylG darstelle. Dies wäre nur dann der Fall, wenn die Strafverfolgung unverhältnismäßig oder diskriminierend sei, wofür jedoch im vorliegenden Verfahren nach Überzeugung des Gerichts (unter Berücksichtigung der maßgeblichen Bestimmungen des russischen Strafgesetzbuchs) keine Anhaltspunkte vorhanden seien.³⁰

Bezüglich des beantragten subsidiären Schutzes kam das Gericht zum Ergebnis, es sei nicht mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass der Kläger im Zusammenhang mit dem gegen ihn geführten Strafverfahren und auch im Falle einer Untersuchungshaft oder einer Verurteilung zu einer Haftstrafe jeweils einer erniedrigenden Behandlung oder Folter ausgesetzt sein werde. Wegen der tschetschenischen Volkszugehörigkeit bestehe für den Kläger während des in der Region Stawropol geführten Strafverfahrens kein gesteigertes Risiko eines ernsthaften Schadens.³¹

Zwar seien die Haftbedingungen in der Russischen Föderation während der Untersuchungs- und Strafhafte unbefriedigend. Anders als das VG München am 20. Oktober 2015 (Az.: M 16 K 13.30527)³² urteilte, rechtfertige dies nach Auffassung des Gerichts jedoch nicht die Annahme, dass dem Kläger mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit ein ernsthafter Schaden drohen werde. Aus einer statistischen Analyse könne entgegen dem Urteil des VG Bremen vom 2. April 2019 (Az.: 6 K 452/18)³³ nicht die Schlussfolgerung gezogen wer-

³⁰ Vgl. hierzu insbesondere ebd., S. 16f.

³¹ Zur Ablehnung des subsidiären Schutzes vgl. ebd., S. 24–28.

³² VG München, Urteil vom 20. Oktober 2015 (Az.: M 16 K 13.30527).

³³ In diesem Urteil des VG Bremen vom 2. April 2019 (Az.: 6 K 452/18) wurde über das Vorliegen eines Abschiebungsverbotes nach § 60 Abs. 5 AufenthG

den, dass generell ein beachtliches Risiko für erniedrigende und unzumutbare Haftbedingungen bestehe. Im Rahmen einer qualitativen Bewertung sei zudem zu berücksichtigen, dass erniedrigende Behandlungen von Inhaftierten vorwiegend besondere Personengruppen betreffen (z. B. Regimekritiker), zu denen der Kläger nicht zähle. Auch die sich seit dem Beginn des Ukrainekriegs verschärfende innenpolitische Situation und Menschenrechtsslage einschließlich des Austritts der Russischen Föderation aus dem Europäischen Menschenrechtsrat führe zu keiner anderen Einschätzung.

Das Gericht erließ einen Beweisbeschluss über die zu erwartende Behandlung des Klägers im Rahmen des Strafverfahrens.³⁴ Es wies ausdrücklich darauf hin, dass es aufgrund der ihm vorliegenden Erkenntnisquellen hinreichende Sachkunde habe zu beurteilen, dass der Kläger nicht mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit unmenschliche Haftbedingungen zu befürchten habe. Somit sei auch die beantragte Einholung eines diesbezüglichen Sachverständigengutachtens entbehrlich bzw. hätten andere Einwände des Klägers im Hinblick auf eine mögliche Gefährdung keine Grundlage.

Rechtsdokumentation

Blick zum Nachbarn: Dänemark

Seit mehr als einer Dekade und unter wechselnden Regierungen hat sich die restriktive Tendenz der dänischen Asyl- und Einwanderungspolitik fortgesetzt und zu weiteren Beschränkungen von Rechten und Schutz Geflüchteter geführt.³⁵ So stufte die dänische Regierung das syrische Damaskus mit dessen ländlichen Gebieten im Jahr 2019 als sicher für Rückkehrende ein und hat bis Ende Oktober 2021 den Flüchtlingsschutz von über 450 Syrern im Land widerrufen. Nach einem Bericht des European Council on Refugees and Exiles (ECRE) sind 421 dieser syrischen Staatsangehörigen nach Deutschland, in die Niederlande, Belgien und Schweden geflüchtet, um dort Schutz zu suchen.³⁶ Weiter beschloss die Regierung im Juni 2021 mit großer Mehrheit ein neues Asylgesetz, welches den rechtlichen Rahmen für die Auslagerung des Asylverfahrens und der Entscheidung über einen Antrag auf internationalen Schutz bildet sowie die Einrichtung von Asylzentren außerhalb Europas und in Drittländern ermöglicht. Bereits zuvor hatte

Dänemark mit dem Außenministerium von Ruanda Gespräche geführt, welche im letzten September in einer „Absichtserklärung über eine bilaterale Zusammenarbeit“ mündeten.³⁷ In der Erklärung wird Ruanda Unterstützung bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zugesichert. Im Gegenzug erhält Dänemark die Erlaubnis, illegal eingereiste Asylbewerber gleich nach ihrer Ankunft nach Ruanda auszufliegen.³⁸ Noch im Jahr 2022 plant die dänische Regierung die Einrichtung eines Projektbüros in Kigali, welches mit zwei Diplomaten besetzt werden soll. Zunächst sollen rund 1.000 Schutzsuchende dorthin abgeschoben werden.³⁹ Die praktischen Details und rechtlichen Auswirkungen hinsichtlich einer Implementierung dieses Vorhabens bleiben noch unklar. Auch mangelt es bisher an einem offiziellen Abkommen zwischen Dänemark und Ruanda.

Des Weiteren hat Dänemark auch mit Kosovo bereits im Dezember 2021 eine Absichtserklärung über die Aufnahme von Abschiebehäftlingen aus den überfüllten dänischen Gefängnissen unterzeichnet. Konkret geht es um rund 300 Häftlinge, die ab Januar 2023 in eine Unterkunft in Gnjilane (albanisch: Gjilani) – etwa 50 km von der Hauptstadt Pristina entfernt – verbracht werden und nach Verbüßung ihrer Strafe in ihr Heimatland abgeschoben werden sollen.⁴⁰ Dänemark zahlt als Ausgleich hierfür 15 Millionen EUR jährlich.⁴¹

Mit der Idee, außerhalb des Landes in einem Drittstaat Asylzentren zu errichten, steht Dänemark nicht allein. Regelmäßig wird darüber auch in Großbritannien diskutiert. Seit Juni 2022 werden illegal nach Großbritannien eingereiste Flüchtlinge ebenfalls nach Ruanda gebracht, um dort ihr Asylverfahren zu betreiben.⁴² Australien hat seit über zehn Jahren ausgelagerte Flüchtlingscamps in Nauru und Papua Neu-Guinea (PNG). Bisher wurden dort über 3.100 Flüchtlinge untergebracht und über Anträge auf Schutz in Nauru und PNG entschieden.⁴³ Frankreich gibt ausländischen Personen, die einen Antrag auf internationalen Schutz stellen möchten, aber sich immer noch in ihrem Herkunftsland oder in einem anderen Drittstaat aufhalten, mit dem sogenannten „Visa au titre de l’asile“ die Möglichkeit, beim französischen Konsulat ein Asylverfahren einzuleiten. Dieses arbeitet eng mit der französischen Asylbehörde OFPRA zusammen,

37 Vgl. <https://ecre.org/denmark-joint-statement-brings-little-clarity-on-rwanda-outsourcing-but-generates-renewed-critique/>, Abruf am 18.11.22.

38 Vgl. <https://uim.dk/nyhedsarkiv/2022/september/danmark-og-rwanda-enige-om-faelles-erklæring> sowie <https://uim.dk/media/11242/faelles-erklæring.pdf>, jeweils Abruf am 18.11.22.

39 <https://ecre.org/denmark-joint-statement-brings-little-clarity-on-rwanda-outsourcing-but-generates-renewed-critique/>, Abruf am 18.11.22.

40 Vgl. <https://www.euronews.com/my-europe/2022/10/10/denmark-election-parties-on-left-and-right-back-controversial-plan-to-send-asylum-seekers->, Abruf am 17.11.22.

41 Vgl. https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-04/danemark-abschiebe-haeftlinge-kosovo-haftanstalt-gnjilane?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.de%2F, Abruf am 18.11.22.

42 Vgl. <https://www.dw.com/de/britische-justiz-erlaubt-abschiebungen-nach-ruanda/a-62097582>, Abruf am 17.11.22.

43 Vgl. <https://www.refugeecouncil.org.au/operation-sovereign-borders-off-shore-detention-statistics/2/>, Abruf am 18.11.22.

entschieden, das bejaht wurde. Das VG Frankfurt (Oder) verwies noch (vgl. ebd., S. 27) auf das Urteil des VG Halle vom 28. Oktober 2020 – 5 A 137/20 HAL – das zum gleichen Ergebnis wie das VG Bremen kommt.

34 Vgl. VG Frankfurt (Oder), vom 27.04.2022, VG 6 K 873/17.A, Urteil.

35 Vgl. auch Reiß, Anke: Blick zum Nachbarn: Dänemark / Restriktive Asylpolitik; in: *Entscheiderbrief*, 09/2021, S. 10.

36 Vgl. <https://ecre.org/denmark-meps-confront-danish-minister-on-rogue-asylum-policies-as-syrians-flee-to-other-member-states/>, Abruf am 18.11.22.

welches in Form von Videokonferenzen eine erste Anhörung mit den Antragstellenden durchführt.⁴⁴

Auch die dänische Rückführungspolitik wird seit Jahren weiterentwickelt. Im Juni 2021 trat das erste Rückführungsgesetz in Kraft, welches u. a. Asylsuchenden, denen in erster Instanz der Schutz verweigert wurde, einen Bonus in Höhe von 20.000 DDK (rund 2.690 EUR) anbietet, damit sie auf ihre Berufung verzichten und in ihr Heimatland zurückkehren.⁴⁵ Zudem haben die Behörden seit In-Kraft-Treten des Gesetzes die Möglichkeit, die Bestrafung für Ausländer auszusetzen, die wegen einer Verletzung der Aufenthalts- oder Anzeigepflicht zu einer kürzeren Freiheitsstrafe (bis zu vier Monaten) verurteilt wurden und unmittelbar die Abschiebung anzuordnen. In über 100 Fällen wurde von der Regelung seither Gebrauch gemacht.⁴⁶

Die umfangreichen Maßnahmen verfehlten nicht ihre Wirkung: Nachdem im Jahr 2014 rund 14.700⁴⁷ und 2015 rund 21.000 Asylanträge in Dänemark gestellt wurden, sanken die Antragszahlen in den nachfolgenden Jahren stark. Den Tiefpunkt stellte das Jahr 2020 mit nur rund 1.550 Anträgen dar. Obwohl in den letzten zwei Jahren wieder ein leichter Anstieg zu verzeichnen ist (2021: 2.100; bis Ende September 2022: 3.566), bleiben die Zahlen im europäischen Vergleich äußerst niedrig.⁴⁸ In der „Liste der EU-Staaten mit den meisten Asylsuchenden pro Einwohner“ ist Dänemark im Jahr 2021 auf Platz 20 abgerutscht – der niedrigste Rang in der Geschichte der Liste. Den höchsten Rang erreichte Dänemark im Jahr 2014, als es gemessen an der Zahl der Asylbewerber pro Einwohner den fünften Platz unter den EU-Ländern einnahm.⁴⁹

Dennoch hat Dänemark in den letzten drei Jahren jeweils 200 Kontingentflüchtlinge aufgenommen. Auch 2022 werden in Zusammenarbeit mit dem ruandischen Staat nach Ruanda geflüchtete Personen, vornehmlich Frauen und Kinder, nach Dänemark umgesiedelt.⁵⁰ Einen umfassenden Überblick zur dänischen Asylpolitik bietet die Homepage des ECRE unter: <https://ecre.org/?s=Denmark>.

Informationszentrum Asyl und Migration (IZAM)

Neuerwerbungen der Bibliothek

Ausländerrecht, Migrations- und Flüchtlingsrecht: Vorschriftenammlung für Ausbildung und Praxis. – 18. Auflage, 2022/2023, Bearbeitungsstand: 1. September 2022. – Regensburg: Walhalla, 2022. – 1040 Seiten. – ISBN 978-3-8029-5296-8.

Bendel, Petra: Gefangen in Zielkonflikten: die gemeinsame europäische Asylpolitik. – 6 Seiten. – In: Aus Politik und Zeitgeschichte. – 72 (2022), Heft 42 vom 10.10.2022: Festung Europa?, Seite 11-16.

Eckert, Sophia [u.a.]: Angekündigte Erleichterungen beim Familiennachzug: Vorschläge zur Umsetzung des Koalitionsvertrags. – 10 Seiten. – In: Asylmagazin: Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht. – (2022), Heft 9: Themenschwerpunkt Familiennachzug zu schutzberechtigten Personen, Seite 275-284.

Frehner, Sarah; Mullis, Annina: „Freiwillige Rückkehr“ nach Syrien unter Zwang – oder wenn sich sogenannte sichere Drittstaaten als nicht sicher erweisen: Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR); Urteil vom 21. Juni 2022; Beschwerde-Nr. 1557/19; Akkad gegen die Türkei. – In: Asyl: Schweizerische Zeitschrift für Asylrecht und -praxis. – 37 (2022), Heft 3, Seite 12-13.

Greilich, Sophie; Kessler, Adriana: Der Anspruch geflüchteter Minderjähriger und ihrer Familien auf Entlassung aus einer Aufnahmeeinrichtung. – 1 Online-Ressource (10 Seiten). – In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik: ZAR. – 42 (2022), Heft 9, Seite 308-317.

Heger, Alexander; Malkmus, Moritz: Verfahrenssicherung bei Petition und Härtefallersuchen in aufenthaltsrechtlichen Angelegenheiten. – 1 Online-Ressource (7 Seiten). – In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik: ZAR. – 42 (2022), Heft 9, Seite 317-323.

Integration vor Ort: die Praxis der Asylpolitik im deutsch-italienischen Vergleich. – Stuttgart: Franz Steiner Verlag, [2020]. – 233 Seiten: Diagramme. – Enthält: Deutschland vier Jahre nach der „Flüchtlingskrise“: Haben wir's geschafft? / Susanne Worbs. – Seite 77-90. – ISBN 978-3-515-12693-9.

Klaus, Sebastian: Mit angezogener Handbremse im International Race for Talents: das beschleunigte Fachkräfteverfahren (§ 81 a AufenthG). – 1 Online-Ressource (12 Seiten). – In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik: ZAR. – 42 (2022), Heft 10, Seite 343-354.

⁴⁴ Vgl. <https://www.ofpra.gouv.fr/fr/glossaire?lettre=V>, Abruf am 18.11.22.

⁴⁵ Vgl. <https://uim.dk/nyhedsarkiv/2021/maj/nu-er-danmarks-foerste-hjem-rejselov-vedtaget/>, Abruf am 18.11.22.

⁴⁶ Vgl. <https://uim.dk/nyhedsarkiv/2022/juli/ny-lov-har-sendt-over-100-ud-visningsdoemte-ud-af-landet-paa-et-aar/>, Abruf am 18.11.22.

⁴⁷ Erst- und Folgeanträge.

⁴⁸ BAMF: Aktuelle Zahlen (jeweils Märzangabe).

⁴⁹ Vgl. <https://www.uim.dk/media/11223/opgoerelse-over-placering-i-eu-paa-baggrund-af-antal-asylansoegere-pr-capita-2008-2021.pdf>, Abruf am 18.11.22.

⁵⁰ Vgl. <https://www.uim.dk/nyhedsarkiv/2022/august/danmark-tager-200-kvoteflygtninge-fra-rwanda/>, Abruf am 18.11.22.

Klaus, Sebastian: Strukturelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Fahrerlaubnis- und des Aufenthaltsrechts. - 1 Online-Ressource (6 Seiten). - In: Informationsbrief Ausländerrecht: InfAuslR. - (2022), Heft 9, Seite 313-318.

Lechner, Claudia; Haberstroh, Friederike; Grote, Janne; Miguel Müller, Nelia: Migration, Integration, Asyl in Deutschland: politische und rechtliche Entwicklungen; jährlicher Bericht der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN) - 2020. - Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, EMN Deutschland und Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl. - Stand: 09/2022. - 2022. - 1 Online-Ressource (100 Seiten). - ISSN 1865-4967.

Lerm, Patrick; Rabenstein, Astrid: Einsatzrecht kompakt - Ausländerrecht für die weitere Ausbildung: Laufbahnprüfung erfolgreich bestehen. - 2. Auflage. - Stuttgart: Boorberg, 2022. - 149 Seiten: Illustrationen. - ISBN 978-3-415-07294-7.

Lorenz, Paul D.: Die Versagung des Familiennachzugs zum quasi geläuterten Gefährder: § 27 IIIa Nr. 1 AufenthG im Lichte des Verfassungsrechts. - 1 Online-Ressource (6 Seiten). - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik: ZAR. - 42 (2022), Heft 9, Seite 303-308.

MEDAM assessment report on asylum and migration policies in Europe - 2022. Refugee protection in the EU: Building resilience to geopolitical conflict. - Kiel: Kiel Institute for the World Economy (IfW), [2022]. - 1 Online-Ressource (90 Seiten). - ISSN 2567-6083.

Öztürk, Neva Övünç: Temporary protection practice in Türkiye and in the EU: A flexible, pragmatic solution or a Janus-faced image for the access to international protection? - 1 Online-Ressource (4 Seiten). - In: International migration: quarterly review. - 60 (2022), Heft 5, Seite 276-279.

Pijnenburg, Annick; van der Pas, Kris: Strategic litigation against European migration control policies: The legal battleground of the Central Mediterranean migration route. - In: European Journal of Migration and Law. - 24 (2022), Heft 3, Seite 401-429.

Pineiro, Esteban[u.a.]: The art of soft power banishment: new insights into the Swiss deportation regime. - 1 Online-Ressource (22 Seiten). - In: Ethnic and racial studies. - 46 (2022), Heft 16, Seite 28-48.

Rosina, Matilde: The criminalisation of irregular migration in Europe: globalisation, deterrence, and vicious cycles. - Cham, Switzerland: Palgrave Macmillan, 2022. - 1 Online-Ressource (xxiii, 333 Seiten): Diagramme. - ISBN 978-3-030-90347-3.

Schork, Franziska [u.a.]: ‚Zeitenwende‘ bei der Arbeitsmarktintegration? Teilhabe und Prekarität von Ukrainerinnen und Ukrainern am deutschen Arbeitsmarkt. - Redaktionsschluss: Juli 2022. - Berlin: SVR gGmbH, 2022. - 1 Online-Ressource (47 Seiten).

Schreyer, Franziska [u.a.]: Wie aktivierende Integrationspolitik und Aufenthaltsrecht betriebliche Abhängigkeitsverhältnisse stärken: das Beispiel von Geflüchteten mit Duldungsstatus. - 1 Online-Ressource (18 Seiten). - In: Zeitschrift für Flüchtlingsforschung: Z'Flucht. - 6 (2022), Heft a, Seite 122-139.

UNHCR Deutschland

Völkerrechtsfreundliche Nachweisstandards und effiziente Verfahrensgestaltung: mögliche Verbesserungen in Familiennachzugverfahren zu international Schutzberechtigten. - 6 Seiten. - In: Asylmagazin: Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht. - (2022), Heft 9: Themenschwerpunkt Familiennachzug zu schutzberechtigten Personen, Seite 285-290.

Versagung des Einvernehmens des BMI zu Berliner Aufnahmeanordnung für zusätzliche „Moria-Flüchtlinge“: BVerwG, Urt. v. 15.03.2022 - 1 A 1.21. - In: Deutsches Verwaltungsblatt: DVBL. - [137] (2022), Heft 19, Seite 1161-1170.

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
90461 Nürnberg

Stand

11/2022

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bildnachweis

iStockphoto


Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechtsdokumentation,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg
E-Mail: [e-brief\(at\)bamf.bund.de](mailto:e-brief(at)bamf.bund.de)
<https://milo.bamf.de>

Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen
unter: www.bamf.de/publikationen

Die Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 www.facebook.com/bamf.socialmedia

 [@BAMF_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

www.bamf.de

